



München und  
Oberbayern

# INFORMATIONEN

## FÜR PRESSE, FUNK UND FERNSEHEN

**Ihr Ansprechpartner**

Aaron Gottardi

**Mail**

aaron.gottardi@muenchen.ihk.de

**Telefon**

089 5116-2012

**Datum**

11.04.2018

### **Wirtschaft will Zuzug von ausländischen Fachkräften erleichtern**

Im Landkreis Traunstein sind 11 Prozent der Beschäftigten ohne deutschen Pass

Traunstein – Ausländer werden zu einer immer wichtigeren Stütze für die Wirtschaft im Landkreis. Der Anteil der Beschäftigten ohne deutschen Pass ist in den vergangenen fünf Jahren von 7,5 auf 11 Prozent gestiegen. Insgesamt gehen etwa 7.300 Ausländer einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung nach, so die aktuellsten Zahlen der Arbeitsagentur.

Weil der Fachkräftemangel zulegt und die Zahl der offenen Stellen weiter steigt, fordert die IHK für München und Oberbayern jetzt eine Reform des Zuwanderungsgesetzes. „Das derzeitige Reglement geht an den Bedürfnissen der Wirtschaft vorbei. Trotz Vollbeschäftigung gibt es große Personallücken in den Unternehmen, deswegen sind Zuwanderer mittlerweile ein wichtiges Fachkräftepotenzial“, sagt Nikolaus Binder, Vorsitzender des Regionalausschusses Traunstein.

Der Unternehmer betont, dass der Stellenaufbau im Landkreis Traunstein zwischen Juni 2016 und Juni 2017 zu fast 42 Prozent von ausländischen Fachkräften getragen wurde. Bayernweit stammen die meisten Neuankömmlinge momentan aus EU-Ländern, vor allem aus Rumänien, Kroatien, Polen und Ungarn. EU-Angehörige genießen in Deutschland freies Aufenthaltsrecht zur Arbeitsaufnahme. Die IHK kritisiert, dass die Zuwanderung aus Drittstaaten dagegen kaum eine Rolle spiele, weil sie zu unübersichtlich und realitätsfern geregelt sei. „Ein Beispiel sind die viel zu stark eingeschränkten und damit weitgehend nutzlosen Listen von Engpassberufen. Wie andere Industrieländer brauchen wir eine gesteuerte Zuwanderung, die wirksam auf Engpässe am Arbeitsmarkt reagiert“, so Binder.

Neben generellen Erleichterungen für Zuwanderer mit einem konkreten Jobangebot in Deutschland schlägt die IHK als zweite Schiene ihres neuen Zuwanderungsmodells ein Punktesystem vor. Wie etwa in Kanada könnten Einwanderer eine zunächst befristete Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis bekommen, wenn sie anhand von Kriterien wie Alter,

Bildungsgrad, Qualifikationen, Sprachkenntnissen und Integrationsfähigkeit eine Mindest-Punktezahl erreichen. Beide Zuwanderungskanäle, von Fachleuten als „marktorientiert“ respektive „potenzialorientiert“ bezeichnet, könnten über jährliche Kontingente fortlaufend an das Bevölkerungswachstum oder an Konjunkturschwankungen angepasst werden.

Binder unterstreicht, dass die Zuwanderung nur eines von mehreren Instrumenten zur Linderung des Fachkräftemangels sei. „Mit der „Rente mit 63“ hat die Politik der Wirtschaft einen Bärendienst geleistet und die Anstrengungen der Betriebe zur Beschäftigung Älterer durchkreuzt. Der Fachkräftemangel hat sich dadurch noch einmal massiv und zum demografisch ungünstigsten Zeitpunkt verschlimmert. Die Wirtschaft wartet auch weiter auf eine flächendeckende und bedarfsgerechte Kinderbetreuung und Ganztagschulen, damit Familien Erziehung und Beruf besser unter einen Hut bringen und die Erwerbstätigkeit von Eltern zunimmt. Stattdessen werden laufend neue Rechtsansprüche zur einseitigen Arbeitszeitverkürzung durch Arbeitnehmer diskutiert, wodurch ebenfalls wertvolles Fachkräftepotenzial verloren geht“, so der IHK-Vorsitzende.

Das Zuwanderungsmodell wurde im Auftrag der IHK vom ifo Institut München entwickelt. Die Studie ist unter [www.ihk-muenchen.de](http://www.ihk-muenchen.de) erhältlich.